



Drei Tage für die
Geschichtsbücher:
Woodstock 1969
Welt » Seite 21

Kölner IHK-Präsident Görg
wirbt für fairen Wahlkampf
Wirtschaft » Seite 10



Lehren aus
Wehen: Der FC am
Tag danach
Sport » Seite 15

Kölnische Rundschau [®]

DIENSTAG, 13. AUGUST 2019

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR KÖLN

RK • D 1,70 EURO • NL 2,00 EURO



NEUE SERIE
DER RUNDSCHAU

Machen Sie den Heimat-Check

Panoramablick übers Oberbergische bei Nümbrecht: In einer neuen Serie bittet die Rundschau ihre Leser, ihren Heimatort zu bewerten.

» Rheinland Seite 8

Foto: Lannert

A3-Abfahrt nach Köln bis Mittwoch dicht

Autobahnkreuz Ost: Geräteausfall verhinderte Freigabe

Köln. Anders als vom Landesbetrieb Straßen.NRW angekündigt besteht die Sperrung der Zufahrt zum Kalker Tunnel – und damit zur Zoobrücke und zur Innenstadt – im Autobahnkreuz Köln-Ost aus Süden kommend immer noch. Laut einer Sprecherin der Behörde konnten die gelben Baustellenmarkierungen nicht bis Montagmorgen wie vorgesehen entfernt werden, weil eine dafür notwendige Wasserfräse in der Nacht ausgefallen sei. Ein Ersatzgerät soll bis Mittwoch vor Ort sein. Voraussichtlich im Laufe des Tages werde dann die Zufahrt freigegeben.

Am vergangenen Freitag hatte Straßen.NRW angekündigt, dass die Autobahnrampe erstmals wieder seit fünf Jahren befahrbar sein werde. Eingerichtet wurde die Sperre einst auf Veranlassung der Stadt Köln, damit während der Sanierung des Kalker Tunnels der Zufluss an Autos gedrosselt wird. Für den Bau einer neuen Rampe im Kreuz Ost zur Fahrtrichtung Olpe veranlasste der Landesbetrieb selbst die Absperrung. Weil kaum Wasserfräsen verfügbar sind, soll eine neue Firma mit der Entfernung der Markierung beauftragt werden. (ngo)

» Köln

Ökonomen: NRW soll verschuldeten Städten helfen

Kölner Institut schlägt Tilgungsfonds für 143 Gemeinden vor

VON BIRGIT MARSCHALL
UND MICHAEL FUCHS

Berlin. Die Forscher des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) fordern die NRW-Landesregierung auf, 143 überschuldete NRW-Kommunen durch einen Schuldenschnitt von ihren hohen Kassenkrediten zu befreien. Aus der Region sind darunter die Großstädte Bonn und Bergisch Gladbach, nicht aber Köln (siehe Tabelle).

Die kommunalen Schulden sollten in einen „Zukunftsfonds NRW“ im Umfang von 25 Milliarden Euro überführt werden. Davon solle das Land 18 Milliarden Euro übernehmen, die Kommunen den restlichen Betrag, heißt es in einer noch unveröffentlichten Studie des Instituts, die unserer Redaktion vorliegt. Die anderen 253 NRW-Kommunen, darunter Köln, sollen über den Fonds Investitionszuschüsse erhalten können. Als Vorbilder dienen dem IW Altschuldenregelungen in Hessen und Niedersachsen.

Die Überschuldung vieler Kommunen verhindert Investitionen. Dadurch nehmen die Möglichkeiten dieser Kommunen ab, im Standortwettbewerb mit anderen Regionen zu bestehen. Kassenkredite müssen Kommunen aufnehmen, wenn ihre laufenden Einnahmen nicht ausreichen, um Ausgaben zu

Notleidende Kommunen der Region

Verschuldung ausgewählter Kommunen in Kassenkrediten pro Kopf in Euro

Heimbach	4488	Overath	1534
Waldbröl	3012	Dahlem	1460
Nümbrecht	2843	Bergneustadt	1455
Blankenheim	2488	Bornheim	1343
Wipperfürth	2281	Rösrath	1184
Engelskirchen	2172	Much	1183
Ruppichterath	2160	Hennef	1119
Siegburg	2080	Düren	1100
Windeck	2275	Bad Honnef	1098
Lindlar	1971	Bad Münstereifel	1086
Rheinbach	1934	Erfstadt	1035
Bonn	1893	Bergisch Gladbach	936
Marienheide	1857	Bedburg	932
Hellenthal	1705	Schleiden	931
Gummersbach	1641	Sankt Augustin	892
Neunkirchen-Seelscheid	1600	Mechernich	855
Eisdorf	1598	Zülpich	819
Leverkusen	1581	Kerpen	766

GRAFIK: GA; QUELLE: IW, STAND: 2017

bezahlen. Insgesamt haben die NRW-Kommunen 23 Milliarden Euro an solchen Krediten aufgenommen. Mit etwa 1300 Euro je Einwohner seien die Kassenkredite in NRW im Ländervergleich die dritthöchsten. Nur Rheinland-Pfalz und das Saarland erreichen noch höhere Werte, so das Institut.

Nur jede dritte Kommune in NRW komme derzeit ohne Kassenkredite aus. „Besonders hoch sind die Kassenkredite im Ruhrgebiet und den südlich angrenzenden bergischen Städten

und Landkreisen“, schreiben die Studienautoren Martin Benoska und Tobias Hentze. Den höchsten Wert erreiche Oberhausen mit Kassenkrediten von mehr als 7600 Euro je Einwohner, gefolgt von Mülheim, Hagen und Remscheid mit jeweils mehr als 5000 Euro pro Kopf.

In NRW gebe es zwar mit dem „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ bereits ein Hilfsprogramm des Landes für Kommunen. Der Pakt zielt aber auf das Verhindern neuer Schulden und „erst in zweiter Linie auf einen direk-

ten Abbau der Altschulden“ wie in Niedersachsen und Hessen, so das Institut. Infolge des Stärkungspakts hätten die betroffenen Kommunen ihre Grundsteuer-Hebesätze teils deutlich angehoben, was die wirtschaftliche Dynamik bremse.

Das Land müsse deshalb zusätzlich einen Altschuldenfonds als Sondervermögen schaffen. „Aus Landessicht hätte ein Sondervermögen den Vorteil, dass es nicht von der ab 2020 geltenden Schuldenbremse tangiert wäre.“ Das IW schlägt vor, Kommunen mit einer Verschuldung von über 750 Euro je Einwohner – das sind 143 Städte und Gemeinden mit insgesamt 9,6 Millionen Einwohnern – über den Fonds direkt zu entschulden. Dabei geht das Institut vom Stand des Jahres 2017 aus. Damals hatte Köln 637 Euro an Kassenkrediten pro Kopf. Allerdings dürfte dieser Wert bereits Ende 2018 auf 826 Euro pro Kopf gestiegen sein und wird Ende 2019 voraussichtlich 954 Euro erreichen.

Die 253 NRW-Kommunen mit 8,3 Millionen Einwohnern, die nach dem Vorschlag nicht entschuldet werden, sollten am zusätzlichen Investitionsprogramm teilnehmen, damit solide wirtschaftende Städte und Gemeinden „nicht vordem Kopf“ gestoßen werden.

» Kommentar Seite 2

Schulze plant Gebühr auf Wegwerfartikel

Berlin. Hersteller von Wegwerfartikeln wie Zigaretten oder Kaffeebecher sollen die Kosten fürs Sauberhalten von Straßen mittragen. Bis 2021 solle ein Gesetz dafür fertig sein, kündigte Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) an. Ziel sei, die Kommunen zu entlasten – und ein Umdenken in der Gesellschaft zu erreichen. „Unachtsames Wegwerfen an öffentlichen Orten, das greift wieder mehr um sich“, sagte Schulze.

Die Grundlage für die sogenannte Herstellerverantwortung hatte die EU im Frühjahr geschaffen. (dpa)

» Debatte Seite 2

CDU-Politiker werben für die Grundrente

Berlin. CDU-Politiker aus den neuen Ländern haben die Berliner Koalition aufgefordert, einen Kompromiss im Streit um die Grundrente zu finden. Dies sei Bezieher kleiner Renten, die ein Leben lang gearbeitet haben, versprochen worden, sagte Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) unserer Redaktion. Brandenburgs CDU-Chef Ingo Senftleben warf der SPD vor, eine Einigung zu blockieren. SPD und Union streiten, ob die Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung gezahlt werden soll. (qua)

» Thema Seite 3 mit Kommentar

KÖLN

Italienisches Flair im Campus Kartause

Die Evangelische Kirche will in der Südstadt 44 Millionen Euro in den Campus Kartause investieren. An der Stelle der Familienbildungsstätte sollen bis 2025 diakonisch betreute Wohngruppen und Studentenapartements entstehen. Die Architektur verspricht italienisches Flair. » Seite 25



Experten kritisieren Busstopp in Goldgasse

Auf harsche Kritik stößt der Vorstoß der Stadtverwaltung, dass die Touristenbusse bald nicht mehr in der Komödienstraße sondern in der Goldgasse Halt machen sollen. Der Busunternehmer Jürgen Weinzierl und die IHK Köln waren vor einem Verkehrschaos am Bahnhof. » Seite 24

Abo-Service
0221/925864-20
abo-kundenservice.koeln@dumont.de
Anzeigen
0221/925864-10
www.rundschau-online.de

Das Wetter heute

21° Wechsel von Sonnenschein und Wolkenfeldern. Ab und zu gibt es Regengüsse, vereinzelt Gewitter.

